

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Löttsch, Jörg Cezanne, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/11680 –**

Erkenntnisse über russische Transportschiffe in der Ostsee

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Schifffahrtsicherheit in der Ostsee ist sowohl durch den Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine als auch durch die Norderweiterung der NATO zu einem virulenten Problem geworden. Durch die westlichen Sanktionen gegen Russland geht die russische Seite seit einiger Zeit vermehrt dazu über, unversicherte Transportschiffe durch die Ostsee fahren zu lassen. Erst im Mai 2024 war dies Gegenstand einer Diskussion auf dem Treffen zur „MV-Ostseestrategie“ in Rostock. Dort wurde u. a. erläutert:

„Obwohl Russland als einziger Ostseeanrainer nicht eingeladen war, wurde am meisten über das Land gesprochen. Vor allem die sogenannte Schattenflotte Russlands, also Schiffe, die ohne eine Versicherung über die Ostsee Öl transportieren (www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Streit-um-russische-Schrottoeltanker-in-der-Ostsee-eskaliert,tanker320.html), war ein Thema des Treffens. Sie sei ein großes Sicherheitsrisiko, warnte unter anderem Annika Jansson, Präsidentin des Regionalrates der Region Skåne in Schweden. Dem schloss sich die Vertreterin Lettlands an. Die Schiffe seien meist älter, so Ingrida Levrence, und eine Havarie würde enorme Schäden für die Ostsee und die Küstenregionen verursachen, für die niemand hafte“ (vgl. dazu www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-Ostseestrategie-Grosse-Gefahr-durch-Russlands-Schattenflotte,ostseestrategie102.html).

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage sind Erkenntnisse über Art und Umfang der Durchquerung russischer Transportschiffe in der Ostsee von erheblichem öffentlichem Interesse.

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die sog. Schattenflotte der Russischen Föderation und ihres Operierens im Ostseeraum vor?
2. Wie schätzt die Bundesregierung die ökologischen und ökonomischen Gefahren für den Ostseeraum ein, die durch diese unregistrierten und daher schlecht gewarteten Transportschiffe (in der Regel Öltanker) drohen?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung kennt zahlreiche Berichte und Analysen über die sogenannte Schattenflotte im Ostseeraum. Sie teilt die Gefahreinschätzungen, die in der am 6. Dezember 2023 angenommenen Resolution der Generalversammlung der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) zur Schattenflotte näher formuliert sind (RESOLUTION A.1192(33)).

3. Welche Auswirkungen haben laut Bundesregierung die bisherigen Sanktionen der EU- und NATO-Staaten auf das Operieren dieser sog. Schattenflotte?

Schiffe, die Sanktionen unterliegen, dürfen deutsche Häfen sowie den Nord-Ostsee-Kanal nicht anlaufen, bzw. nutzen. Zudem meiden sie im Regelfall deutsche Gewässer und verbleiben in den internationalen Gewässern.

4. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um das Operieren der sog. Schattenflotte einzudämmen und damit die ökologischen und ökonomischen Risiken für den Ostseeraum zu reduzieren?

Die Bundesregierung ist im engen Kontakt mit den Partnerländern im Ostseeraum und der Ölpreisdeckelkoalition zur Entwicklung geeigneter Maßnahmen, um den möglichen Gefahren durch Schiffe der sogenannten Schattenflotte zu begegnen. Darüber hinaus wirkt die Bundesregierung auch an Maßnahmen der IMO sowie an der Fortentwicklung des EU-Sanktionsrechts mit.